

Besuch des Bundestagsabgeordneten Thomas Gebhart MdB

Am 18.06.2024 besuchte der CDU-Politiker Thomas Gebhart von 10 Uhr bis 11 Uhr unsere zwölfte Jahrgangsstufe des PAMINA-Schulzentrums Herxheim. An der Fragerunde nahmen die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses 12 Sozialkunde unter der Aufsicht von Herrn Ertel und Herrn Schmidt teil. Zu Beginn stellte sich Thomas Gebhart vor; er kommt aus Jockgrim und ist Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag.

Normalerweise verbringt er seine Zeit wochenweise, eine Woche in Berlin und eine Woche im Wahlkreis. Seine Hauptaufgabe im Bundestag besteht darin, Gesetze zu beraten und verbindlich zu entscheiden. Zudem arbeitet er in Ausschüssen, die sich mit der Gesetzgebung befassen. In der aktuellen Wahlperiode konzentriert er sich auf die Themenfelder Klimaschutz und Energie.

Die Fragen, auf die sich Thomas Gebhart zu Beginn konzentrierte, wurden vorher im Rahmen des Unterrichts intensiver erarbeitet. Dies waren zum einen das Thema des Klimaschutzgesetzes und zum anderen das Thema einer allgemeinen Dienstpflicht.

Das Klimaschutzgesetz von 2019, das alle Bereiche einzeln betrachtete und jedes Jahr ein Sofortprogramm zur Senkung der Emissionen einführte, war für Thomas Gebhart verlässlich, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Mit der Gesetzesänderung wird nun jedoch alle zwei Jahre nur noch eine Gesamtbetrachtung vorgenommen, was bedeutet, dass Maßnahmen in die Zukunft geschoben werden. Herr Gebhart kritisierte dieses neue Gesetz, da es weniger wirksam sei, um die Emissionen unmittelbar zu senken.

Auch fordert dieser eine allgemeine Dienstpflicht, die auf ein halbes Jahr beschränkt werden kann. Diese könnte beispielsweise in der Bundeswehr, im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen oder im ökologischen Bereich absolviert werden. Er schlug vor, dass die Dienste auch in anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union ausgeübt werden könnten, was zur Förderung der Sprachkenntnisse beitragen und Menschen zusammenbringen würde. Dies bezeichnete er als eine „tolle Sache in Europa“. Die Entscheidung über den Aufenthaltsort im Ausland sollte den Teilnehmern überlassen werden, wobei er wünschte, dass jedes Land der EU an diesem Programm teilnehme. Allerdings liegt diese Zielvorstellung noch weit in der Zukunft.

Auf die Frage, ob es nicht schon eine Dienstpflicht im Ausland gibt, antwortete Herr Gebhart, dass es im Moment eine freiwillige Dienstpflicht gibt, die man auch im Ausland absolvieren kann, doch für die Zukunft wünschte er sich, dass alle Schulabgänger einen Dienst machen müssen und dann entscheiden können ob diese in Deutschland oder im Ausland stattfinden soll. Teilnehmen sollten sowohl Frauen als auch Männer, solange man nicht aufgrund einer Krankheit oder einer Psychischen Erkrankung daran gehindert wird.

Die Idee einer aktiven Dienstpflicht im Ausland, wurde in keinem Land der Europäischen Union umgesetzt, trotzdem gab es schon mehrere Diskussionen über diese Vorstellung. Herr Gebhart sieht in dieser Idee eine riesige Chance, wenn junge Leute für ein paar Monaten in ein anderes Land gehen könnten und betont, „Es wäre für das Zusammenwachsen von Europa“.

Zur Frage, wie der Staat das Problem mit dem Fachkräfte Mängel, der sowieso zur Zeit besteht, und sich vergrößert wenn junge Menschen aus dem öffentlichen Dienst rausgezogen werden, und somit in Steuer abgaben, Sozialabgaben oder sonstigem mit anfallen, lösen möchte, antwortete er, das wäre ein Grundsätzliches Problem. Er *beschrieb*, es würden, in der Politik, immer Gründe für und gegen eine Entscheidung aufkommen. Es ist eine Abwägung zwischen verschiedenen Interessen, Überlegungen und man muss Gewichten. Sind es Finanziell und Wirtschaftliche Überlegungen oder die Überlegungen der Ertüchtigung der Bundeswehr, den Gemeinsinn zu stärken und Europa zusammenzuführen. Für Herr Gebart überwiegt in der gesamt Abwägung diese Position. Des weiteren betonte er, dass egal welche Entscheidungen in der Politik getroffen werden, muss man Kompromisse finden und sich angewöhnen sich in die Position der anderen hineinzusetzen, sich „Gemeinsam weiterzuentwickeln“.

Es soll mehr für die Verteidigung getan werden um uns konsequent verteidigen zu können. Wir werden stärker, wenn wir uns in Europa besser koordinieren und in Verteidigungsfragen zusammenarbeiten.

Das größte Problem bleibt jedoch die Wirtschaft. Es musste jetzt gehandelt werden, um großen Schaden zu vermeiden. Die Dienstpflicht ist eine mittelfristige Idee und würde in Europa nicht in 1-2 Jahren umgesetzt werden können. Die Dienstpflicht ist eine Vision und kostet uns jetzt kein Geld. Er *bekräftigt* In der Politik neigen wir oft dazu, nur kurzfristig zu denken und vergesse dabei den langfristigen Horizont. Wir müssen in der Lage sein, weiter vor auszudenken, um nachhaltige Lösungen zu finden.

Von Senta Wörl, Stammkurs Sozialkunde 2



adidas 

